## Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

6. Legislatur-Periode. 2. Session.

54. Sitzung vom 25. Februar.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher, v. Schelling, Bronsart v. Schellendorff, Dr. Lucius.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist: Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderung des § 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Der Entwurf, welcher die Herbeiführung einer einheitlichen Rechtsprechung der Civil- und Strafsenate des Reichsgerichts bezweckt, wird endgiltig angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Herstellung eines Nord-Ostseekanals.

Abg. Dr. Brömel (deutschfr.) bedauert zunächst, daß das Unfallgesetz keine genügende Ausdehnung gefunden habe, da man sonst dem Hause nicht zumuthen würde, bei der in demselben herrschenden rauchigen Atmosphäre zu berathen. Redner beschwert sich sodann über die Konkurrenz, welche die preußische Staatsbahnverwaltung durch niedrige Tarife der Seeschiffahrt mache, welcher sie die Frachten nach Rußland zu entreißen suche. Wenn sich der Kanal rentiren solle, so sei es nöthig, daß das Deutsche Reich mit der preußischen Eisenbahnverwaltung in Konkurrenz trete und die Kanalabgaben möglichst ermäßige. Durch ein geeigneteres Zollabfertigungsverfahren würde der deutschen Seeschiffahrt noch eine größere Erleichterung zutheil werden. Das Reich hat die Pflicht, alles aufzubieten, daß der Kanal vor allem der deutschen Seeschiffahrt zugute komme.

Abg. Dr. Windthorst (Centr.) wünscht, daß dem Ingenieur v. Dahlström eine entsprechende Honorirung für sein geniales Projekt zutheil werde.

Abg. Trimborn (Centr.) schließt sich diesem Wunsche an und plaidirt zugleich für Ausbau binnenländischer Kanalanlagen zur Nutzbarmachung des Nord-Ostseekanals.

Staatssekretär v. Boetticher schließt sich der Anerkennung des Dahlströmschen Projektes an und sagt eine entsprechende Honorirung desselben zu. Mit der Herstellung binnenländischer Kanalverbindungen soll vorgegangen werden; entsprechende Vorlagen würden im preußischen Landtage eingebracht werden. Abg. Dr. Brömel würde gut thun, seine Bedenken gegen die preußische Tarifpolitik im preußischen Landtage zur Sprache zu bringen; von seiten des Reichs lasse sich ein Einfluß nicht ausüben. Uebrigens könne er in der preußischen Tarifpolitik eine gegen die deutsche Seeschiffahrt gerichtete Tendenz nicht erkennen.

Abg. Holden (freis.) äußert seine Befriedigung über die endliche Ausführung dieses Kanals, dessen Herstellung stets gefordert wurde, wenn die nationale Bewegung hoch ging. Rücksichtlich der Fahrwassertiefe und der Tarife könne man dem Kanalprojekt unbedenklich zustimmen.

Staatssekretär v. Boetticher hebt hervor, daß Minister Maybach einer der eifrigsten Förderer des Kanalwesens sei; wie könne man erwarten, daß derselbe den Versuch machen werde, das Kanalunternehmen zu schädigen.

Abg. Schrader (freis.) konstatirt, daß allerdings die Eisenbahnverwaltung durch niedrige Tarife die Schiffahrt beeinträchtige. Es sei Zeit, daß das Reich endlich sich mit der Kompetenz ausstatte, um die öffentlichen Verkehrsinteressen den Staatsbahnverwaltungen gegenüber zur Geltung zu bringen.

Abg. Meier-Bremen (nationallib.) äußert seine volle Sympathie mit der Vorlage und verwendet sich sodann für billige Eisenbahntarife.

Abg. Dr. Bamberger (freis.) wünscht, daß aus den Berathungen dieses Hauses über dieses Werk nicht das Moment verschwinde, daß der Kanal nicht aus Rücksichten der Rentabilität, sondern namentlich im Interesse der Landesvertheidigung bewilligt werde. Er wünsche darüber angesichts der Thatsache, daß Graf Moltke seinen Widerspruch gegen das Kanalprojekt nicht zurückgenommen habe, eine Erklärung seitens der Regierung.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Die Vorlage sei im Auftrage S. M. des Kaisers, des obersten Kriegsherrn, an das Haus gelangt. Es entspräche nicht den Regeln der Subordination, daß der Generalfeldmarschall, wenn er anderer Meinung wäre, seine Autorität gegen die des obersten Kriegsherrn in die Wagschale legen sollte. In der Kommission sei völlig ausreichende Gelegenheit gewesen, das militärische Interesse zu erörtern.

Hieran schließt sich eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Bamberger und dem Kriegsminister, die vom Abg. Dr. Hänel auf Mißverständnisse zurückgeführt wird.

Der Gesetzentwurf wird mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmt ein Theil der Freisinnigen, darunter die Abgg. Dr. Bamberger, Dr. Meyer-Halle, Barth, Lipke 2c.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist: Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.

Abg. Trimborn konstatirt als Referent, daß man in der Kommission über eine Verschärfung des Viehseuchengesetzes einig war, daß man sich nur über den einzuschlagenden Weg nicht zu einigen vermochte.

Abg. v. Hasselbach hat in Verbindung mit Mitgliedern der Rechten und des Centrums den Antrag eingebracht: den § 45 der Vorlage wie folgt zu fassen:

„Die Polizeibehörde hat die Tödtung der nach dem Gutachten des beamteten Thierarztes an der Lungenseuche erkrankten und aller derjenigen Thiere anzuordnen, welche den Ausbruch der Lungenseuche befürchten lassen. (Der Seuche verdächtige Thiere.)

Eine gleiche Anordnung ist auch hinsichtlich derjenigen Thiere zu treffen, welche zwar solche Erscheinungen nicht zeigen, rücksichtlich deren jedoch die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß sie den Ansteckungsstoff aufgenommen haben (der Ansteckung verdächtige Thiere), sofern es sich um wenig zahlreiche Viehbestände handelt oder sofern es auf die Unterdrückung einzelner Seuchenausbrüche in sonst seuchenfreien Gegenden ankommt.

Bei Viehbeständen von erheblicher Zahl oder von werthvollen Zuchtthieren hat die Polizeibehörde die Kennzeichnung der nur der Ansteckung verdächtigen Thiere herbeizuführen. Aus der Kennzeichnung muß das Jahr, in welchem dieselbe erfolgt ist, ersichtlich sein. Widerspricht ein Viehbesitzer dem Kennzeichen, so ist nach Maßgabe der Bestimmungen im Absatz 2 zu verfahren.

Gewinnt die Lungenseuche in einzelnen Gegenden an Ausdehnung, so sind die Landesregierungen ermächtigt, für den ganzen Umfang ihres Staatsgebietes oder für Theile desselben die Impfung sämmtlicher Rinder in dem Gehöft oder in der Ortschaft, wo die Lungenseuche ausgebrochen ist, anzuordnen. Die Anordnung hat zur Folge, daß für den betroffenen Bezirk die Bestimmungen im Absatz 2 außer Kraft treten."

Abg. Graf Adelmann v. Adelmannsfelden hat mit einer Anzahl süddeutscher Abgeordneten einen Gegenantrag eingebracht, wonach der Ansteckung verdächtige Thiere unter allen Umständen getödtet, die Kennzeichnung aber ausgeschlossen werden soll.

Minister Dr. Lucius bittet um Wiederherstellung der Regierungsvorlage, welche aus einem vorhandenen dringlichen Bedürfniß hervorgegangen sei. Für die Kennzeichnung habe sich die am meisten betroffene Provinz Sachsen ausgesprochen. Für die Impfung spreche die praktische Erfahrung. Der Antrag des Grafen Adelmann würde eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand herbeiführen.

Abg. Witt (freil.) erklärt sich gegen den Antrag Hasselbach, welcher die Viehbesitzer der Willkür der Thierärzte überliefere, ebenso aber auch gegen den Antrag des Grafen Adelmann. Er bitte, es vorläufig bei dem Bestehenden zu belassen.

Hierauf wird die Weiterberathung auf morgen mittag 1 Uhr vertagt.

Auf der Tagesordnung steht ferner: Antrag Reichensperger, betr. die Wiedereinführung der Berufung.

## Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

### Herrenhaus.

4. Sitzung vom 25. Februar.

Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.

Am Ministertische: v. Puttkamer, Dr. Friedberg und zahlreiche Kommissare.

Der Präsident theilt mit, daß die Kommission zur Vorberathung der kirchenpolitischen Vorlage sich konstituirt und zum Vorsitzenden den Grafen Brühl und zu Schriftführern den Fürst v. Manteuffel und den Grafen Pückler erwählt habe.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der XX. Kommission über den Entwurf einer Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Provinz Westfalen.

Die von der Kommission zu diesen Vorlagen vorgeschlagenen Aenderungen haben, wie der Referent Frhr. v. Wendt bemerkt, lediglich den Zweck, die neue Ordnung den bestehenden Verhältnissen in Westfalen anzupassen.

Eine Generaldiskussion wird nicht beliebt. In der Spezialberathung erhebt sich eine längere Diskussion über den § 14, der von der Heranziehung der Forensen, juristischen Personen 2c. zu den Kreisabgaben handelt. Die Kommission beantragt einen Zusatz, wonach der Fiskus derselben Abgabepflicht unterliegen soll, bezüglich der Staats- und der in das Eigenthum oder die Verwaltung für Rechnung des Staats übergegangenen Eisenbahnen.

Nachdem der Minister des Innern v. Puttkamer und Unterstaatssekretär Herrfurth sich gegen den Zusatzantrag der Kommission ausgesprochen, wird § 14 mit dem Zusatze der Kommission angenommen, unter Streichung der Worte „Staats- und der," so daß der Besteuerung nur die in das Eigenthum oder in die Verwaltung des Staats übergegangenen Eisenbahnen unterliegen.

Die §§ 15—33 der Kreisordnung werden darauf nach längeren Diskussionen im wesentlichen nach den Kommissionsvorschlägen angenommen und alsdann die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

### Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 25. Februar.

Am Ministertische: v. Goßler.

Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Tribünen sind dicht besetzt.

Das Haus setzt die erste Berathung des Entwurfs betreffend die Anstellung und das Dienstverhältniß der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen in Westpreußen, Posen und dem Regierungsbezirk Oppeln fort.

Abg. Dr. Windthorst: Die Vorlage enthält wenig Paragraphen, aber sie greift tief in das Schulwesen ein. Sie ist eine Fortsetzung des Schulaufsichtsgesetzes, das anfangs nur für einige wenige Bezirke Kraft haben soll. Was aus dem Gesetze inzwischen geworden ist, lehrt unser Budget. Man geht jetzt weiter, man macht die Schule abhängig vom Staate, man will sich nicht mehr geniren lassen in der Einführung des Heidenthums. (Heiterkeit rechts.) Ja, wir steuern immer mehr in den Staat ohne Gott, ohne Glauben. Man will die Lehrer abhängig machen von der Regierung, von dem Kultusminister soll es fortan abhängen, ob die Lehrer in der Schule noch von Gott sprechen dürfen. Der gegenwärtige Kultusminister ist ein echt christlicher Mann, aber wie sein Nachfolger sein wird, wissen wir nicht. — Ich glaube wir sind nicht berechtigt, die Verfassung, wie es durch die Vorlage geschieht, zu ändern, wir haben alle Ursache, es mit der Verfassung sehr ernst zu nehmen — thun wir es nicht, so weiß ich nicht, wohin Preußen kommen kann. In der Atmosphäre wetterleuchtet es hin und her, hier und noch stärker im Reichstage hat es gewetterleuchtet, die Verfassung ist bedroht. Diese Vorlage verstößt gegen die Verfassung, die die Macht des Staates auf dem Unterrichtsgebiete durch Kirche, Gemeinde und Eltern beschränkt. Heben wir die Mitwirkung dieser Faktoren auf, so schaffen wir eine Staatsomnipotenz auf dem Unterrichtsgebiete entgegen der Bestimmung des § 24 der Verfassung. Mit einem solchen Vorgehen hebt man die Unterrichtsfreiheit auf — das ist gefährlicher als die Kultuskampfvorlagen. Diese Vorlage ist ein Marsch zu weiteren schweren Kämpfen. Ich konstatire, wir haben keine Anträge auf Aenderung des Schulwesens gestellt, man drängt uns diesen Kampf auf. Diese Vorlage ist rigoroser als je eine Verordnung in Sparta gewesen ist. (Heiterkeit.) Der selige Kultusminister von Mühler würde sich sehr wundern, wenn er seine Nachfolger so am Werke sähe. Abg. Graf Schwerin hat gestern ja auch eingeräumt, daß eine Verfassungsänderung vorliegt. Dann muß doch aber erst diese Verfassungsänderung vorgenommen werden, bevor man auf eine Verfassungsänderung eine solche Vorlage aufbaut. Mißbrauchen Sie nicht Ihre Macht, bedenken Sie, daß Ihnen oft auch eine Verfassungsänderung zu anderen Zeiten unwillkommen sein kann. Der Herr Minister beruft sich bei dieser Veränderung der Verfassung auf das Diktum des Staatsministeriums — ich respektire das Ministerium, wenn es Gründe hat, das bloße Diktum des Ministeriums imponirt mir nicht. Die Vorlage involvirt eine Verfassungsänderung und einer solchen kann ich nicht zustimmen. Ist denn nun dieses Gesetz genügend begründet? Ich lage: für mich nicht. Das Material, das der Minister uns gegeben, ist für mich irrelevant. Wenn es an Schulen in Westpreußen und Posen fehlt, so ist dies die Schuld der Regierung, die ich sträflicher Unterlassungssünden in Bezug auf die katholischen Schulen zeihen muß. (Widerspruch rechts.) Ich bin mit dem Abg. Graf Schwerin der keperischen Ansicht, daß der Religionsunterricht die Hauptsache ist. Der Religionsunterricht aber ist zurückgegangen, der Minister hat auch gestern von Religion gar nicht gesprochen. Mit Hilfe der Geistlichen und der Eltern könnte weit mehr erreicht werden als durch diese Gesetze. (Beifall im Centrum.) Aber man will bei uns alles mit dem Korporalsstock machen. Der Minister klagt, daß die deutsche Sprache in jenen Provinzen nicht allgemein ist. Ich meine, wir müssen unsere Nationalität hochachten und schützen, dabei können und müssen wir aber auch anderen Nationalitäten in unserem Staate ihr Recht lassen. Dieses Gesetz wird die polnischen Familien in ihrem Widerstand nur noch bestärken und den Kampf gegen die Mütter werden Sie nicht durchführen können. Dieses Gesetz macht die Lehrer nicht selbstständig, sondern der Regierung gegenüber servil — das allein wird die Folge für die Lehrer sein. Schon jetzt sind die Lehrer viel zu abhängig von der Regierung, worauf ja auch ihre ganze Ausbildung abzielt. Das Gesetz wird außerdem vor allem wie

---

[6]

## Die Herren von Lindenberg.

Roman von M. Gerhard.

(Fortsetzung.)

5.

Einige hundert Schritte von dem zweistöckigen stattlichen Wohnhause entfernt lag das sogenannte alte Haus, in dem Harald die besterhaltenen Zimmer bewohnte; zwischen beiden Gebäuden dehnten sich wohlgepflegte Rasenplätze, mit Flieder- und Jasminengebüschen bepflanzt, und von ein paar Reihen schattiger Linden- und Kastanienbäume umgeben. Zwei riesige uralte Linden überwölbten das hohe dunkle Ziegeldach des alten Hauses, das an einigen Stellen bereits Spuren vorgeschrittenen Verfalls zeigte. Diese Bäume waren es, von welchen der Name des Gutes hergeleitet wurde. Die hintere Front des Hauses beherrschte den Wirthschaftshof, jetzt das ausschließliche Reich Harald's, und man konnte wohl aus der Ordnung, die hier herrschte, der Pünktlichkeit, mit welcher die Tagesarbeit vor sich ging, aus dem nüchternen, anständigen, zufriedenen Aussehen der Leute und dem reinlichen und wohlgenährten der Thiere den Schluß ziehen, daß der junge Gebieter die Augen offen halte und Strenge wie Güte zur rechten Zeit zu brauchen wisse.

Als Harald am folgenden Mittag seine Wohnung betrat, fand er wie gewöhnlich Ada vor, am Fenster des Vorzimmers stehend, wo sie, beide Ellbogen auf den Sims gestützt, auf ihn wartete. Sie blieb ruhig stehen, bis er im anstoßenden Zimmer den Anzug gewechselt hatte, und hing sich dann an seine Hand, um mit ihm zum Mittagessen hinüber nach dem großen Hause zu gehen.

„Hast Du Schule gehabt, Ada?" fragte er das Kind, dessen zarte Wangen lebhaft geröthet waren. Sie nickte.

„Nun, wie gefällt Dir Deine neue Lehrerin?"

„Sie ist furchtbar streng!" antwortete Ada pathetisch und nahm eine tragische Miene an.

„So? — Das ist gut. Da wirst Du tüchtig vorwärts kommen. Sie ist auch sehr klug, wie?"

Ada nickte nachdrücklich. „Sie fragte mich nach allem und sagte dann, ich hätte vielerlei gelernt, aber ich wisse nichts ordentlich. Ist das wohl wahr?"

„Kann wohl sein," erwiderte Harald lächelnd.

„Und ich dürfe jetzt nicht mehr zum Vergnügen lernen, sondern um meine Pflicht zu erfüllen und selbständig denken und handeln zu lernen, damit ich die Menschen nicht brauche und sie Achtung vor mir haben. Aber ist es denn unrecht, wenn mir die Arbeiten nun doch Vergnügen machen?"

„Nicht doch, Kind! — Nur sollst Du Deine Pflicht auch dann thun, wenn sie Dir kein Vergnügen macht, auch wenn sie Dir schwer und lästig fällt, weil Du sie als gut und nothwendig erkannt und als vernünftiger Mensch beschlossen hast, sie zu thun. Dann wird sie Dir ganz von selbst lieb. So hat es das Fräulein wohl gemeint."

„Ja, aber ich verstehe es doch besser, wenn Du es mir sagst."

Die Hausgenossen waren schon in dem Speisezimmer versammelt und Fräulein Burkardt in ein Gespräch mit dem Hausherrn vertieft, so daß Harald sich beguügte, sie mit einer Verbeugung zu grüßen.

„Ich sehe, Sie haben über Ihre Aufgabe nachgedacht, mein liebes Fräulein," sagte der Landrath mit achtungsvoller Freundlichkeit. „Sie stecken sich Ihr Ziel hoch. Kein Wunder, wenn sich Ihnen da die Mängel des herrschenden Erziehungswesens vorzugsweise fühlbar machen."

„Ich selber habe am schwersten darunter gelitten," erwiederte Regina. „Meine Erziehung war nicht schlechter als die der meisten anderen Mädchen, und doch, was konnte ich mit dem Erreichten anfangen? — Mechanisch wiedergeben, was ich empfangen; — mit dem steten Bewußtsein, daß dies Wissen ein stumpfes Werkzeug ist, nichts nütz zu ernstem Schaffen, nichts zu selbständigem Denken, nicht einmal zum Schmuck des Lebens. Was soll auch ein brauchbares Werkzeug in der Hand eines Weibes, das zu ewiger Unmündigkeit bestimmt ist! — Haben wir das endlich erkannt, so sehen wir nur, daß die Jahre verloren sind, in denen der Grund der Erziehung gelegt werden muß, die Wege versperrt das Versäumte nachzuholen, falls unsere lahmgelegten Geisteskräfte noch lebendig genug sind, danach zu verlangen. — So kann ich nur versprechen, bei dem Unterricht meines Zöglings nach bester Einsicht mein möglichstes zu thun, da ich selbst viel zu wenig zu methodischer Geistesarbeit geschult bin, um ihr in Wahrheit von Nutzen sein zu können."

„Zu Tische, meine Herrschaften, zu Tische!" rief der Major und klapperte mit dem Vorlegelöffel an der Suppenschüssel. „Fräulein Burkardt hat mir schon in Feldkirchen ähnliches gesagt und ich habe geantwortet: Allen Respekt vor Ihrer Gewissenhaftigkeit, mein Fräulein, aber es ist uns gar nicht darum zu thun, aus meinem Mädel ein Monstrum an Gelehrsamkeit zu erziehen. — Religion und Disciplin! — Das ist's, was gute Frauen und gute Soldaten macht. Und wer wenig verspricht, pflegt um so mehr zu leisten. — Sie wundern sich wohl, Fräulein Burkardt, dies häusliche Szepter in meiner Hand zu sehen? — Als ich nach dem Tode meiner Frau herkam — denken Sie sich, mit welchen Gefühlen ich es ansehen mußte, wie unsere gute Madam Kraft, die der Küche vortrefflich vorsteht, dies Amt ohne jegliches höhere Verständniß verwaltete! — Sie machte sich durchaus kein Gewissen daraus, den besten Braten beim Verschneiden zu ruiniren, — faktisch zu ruiniren! — Denn ein Bratenstück, in dem die Fleischfaser nicht quer durchschnitten ist, bleibt ungenießbar, das geben Sie doch zu? — Mein Bruder weiß aber nicht, was er ißt, und Harald fängt erst jetzt unter meinem Einfluß zu begreifen an, daß auch diese Seite der Geschmacksbildung ihre ästhetische Berechtigung hat. Glauben Sie aber, daß Madam Kraft mir gutwillig den Platz räumte? — Gott bewahre! — Jede Dame glaubt, sie sei zum Herrschen geboren. Durch List und Ueberredung wußte ich sie zu überzeugen, daß ihre häuslichen Pflichten sie erdrücken müßten, wenn sie mir nicht gestattete, ihr einen kleinen Theil davon abzunehmen. Gram ist sie mir trotzdem deswegen und kommt nicht mehr zu Tisch, unter dem Vorwand, es bleibe ihr nicht Zeit, Toilette zu machen, wenn die Suppe heiß gegessen werden solle."

Das rothe frische Gesicht des Majors blickte mit halb zugedrückten Augen behaglich über die große weiße Serviette herüber, die er versteckt, und mit Hilfe eines saubern Dienstmädchens, das vollkommen darauf eingeübt schien, jeden Wink seiner Augen zu befolgen, waren bald alle der Reihe nach bedient.

Das Gespräch drehte sich zum politische Neuigkeiten und Tagesfragen, die mit vielem Ernst, und von seiten des Land-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18860227023/fragment/page=0001

das Schulaufsichtsgesetz gegen die katholischen Gemeinden angewendet werden, es ist eine eminent antikatholische Vorlage. Abg. Dr. Gneist will die Städte von diesem Gesetze ausnehmen, Abg. Graf Schwerin dagegen hat die Gutsherren — letzteres finde ich natürlich, denn wenn auch nicht die Gutsherren, so sind doch die Gutsfrauen meist noch gute Christen. Was sollen aber diese Ausnahmen besagen? Erklären Sie doch gleich, wo protestantische Gemeinden und protestantische Gutsherren sind, da soll das Gesetz keine Anwendung finden. (Sehr richtig! im Centrum.) Aus all' diesen Gründen werde ich gegen das Gesetz stimmen. Ich wiederhole, dieses Gesetz ist nur der Anfang für die Ostprovinzen, das Weitere aber für die anderen Provinzen wird nicht lange auf sich warten lassen. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. v. Körber (freikons.) tritt der Behauptung des Vorredners, daß die katholischen Schulen von der Regierung vernachlässigt werden, entgegen; im Gegentheil seien vielmehr die evangelischen Schulen vernachlässigt worden und dagegen richte sich diese Vorlage. Die Veranlassung auch zu dieser Vorlage habe die Verschiebung der Bevölkerung zugunsten des Polenthums gegeben; von Einfluß werde es sein, wenn die Regierung die Zahl der evangelischen Kirchen vermehren könnte — es würde dies gar berechtigt sein, da die Zahl der Evangelischen den Katholiken fast gleichkomme, während die Zahl der evangelischen Kirchen weit geringer sei als die der katholischen Kirchen. Im Interesse der nationalen Aufgabe, um deren Erfüllung es sich bei dieser Vorlage handele, würden die Gutsbesitzer jener Ostprovinzen gern auf ihr Lehreranstellungsrecht verzichten.

Abg. v. Zakrzewski (Pole) sucht den ungenügenden Fortschritt der deutschen Sprache in Polen und Westpreußen aus der Unterrichtsmethode zu erklären. Wenn die Kinder mit 7 Jahren, ohne ein Wort deutsch zu verstehen, in die Schule kämen und nun plötzlich in der deutschen Unterrichtssprache lernen sollten, so wäre es kein Wunder, wenn bei dem Unterrichte nichts herauskäme. Wenn man unyer von polnischer Wirthschaft zu sprechen beliebe, so solle man doch nicht vergessen, daß Polen Litthauen habe sich assimiliren können, ohne dazu solcher Mittel sich bedient zu haben, wie die preußische Regierung sie jetzt anwenden wolle. — Redner verzichtet dann auf das Wort, da seine Papiere durcheinandergekommen wären.

Abg. Wessel (freikons.): Wenn Abg. Dr. Windthorst die Regierung beschuldigt, sie hätte die katholischen Schulen in jenen Provinzen vernachlässigt, so beweist das doch nur, daß Abg. Windthorst die Verhältnisse dort nicht kennt, denn es ist Sache der Gemeinden dort, die Schulen zu errichten. Die Gefahr der ganzen Situation liegt hauptsächlich darin, daß die Bauern die Begriffe polnisch und katholisch gar nicht scheiden können; diesen Umstand benutzt natürlich die polnische Agitation in hohem Maße. Nur durch eine Hebung der Volksschule, durch die Selbständigmachung der Lehrer wird man der Verquickung dieser beiden Begriffe fortan entgegentreten können. Nach meiner Meinung könnten jedoch Städte von mehr als 10,000 Einwohnern der Bestimmung dieses Gesetzes entzogen werden. Bedenklich erscheint mir nur die durch die Vorlage bedingte Aufhebung des § 33 der Bestimmungen des Landrechts, ich hoffe aber, daß die kommissarische Berathung auch in dieser Hinsicht eine befriedigende Lösung bringen werde. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole): Die jetzt beabsichtigte Germanisirung will nichts anderes als die Ausrottung des Polenthums. (Widerspruch rechts). Deutsch lernen wollen wir ja Alle; wenn die deutsche Sprache noch nicht genügend Verbreitung gewonnen hat, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die der Unterrichtsmethode. Statt die Unrichtigkeit dieser Methode anzuerkennen, sucht die Regierung die Schuld für diesen Mißerfolg auf andere abzuwälzen, vor allem auf den katholischen Klerus, der jetzt doch aber längst deutsch spricht. Ich halte in meiner Parochie besonderen Gottesdienst für die katholischen Deutschen, trotzdem ihre Zahl nur gering ist. Auch in anderen Parochien wird nirgends das geistliche Interesse der deutschen Katholiken geschädigt — ich muß die gegen den katholischen Klerus erhobenen Vorwürfe daher ganz entschieden zurückweisen. Von der Agitation gegen die Schule, von der der Minister gesprochen, habe ich nichts gemerkt — wo wirklich einmal eine feindliche Stimmung gegen die Schule herrscht, da ist sie auf die Irreligiösität einiger Lehrer zurückzuführen. Daß für das Schulwesen bei uns jetzt mehr gethan wird, gebe ich zu; dagegen muß ich den Präparandenanstalten gegenüber beklagen, daß sie von der katholischen Kirche ganz losgelöst sind. — Wenn die Regierung jetzt den Lehrer selbständig machen will, so wird sie damit nur erreichen, ihn in Gegensatz zu der Gemeinde zu stellen, ihm das Vertrauen der Gemeinde zu entziehen. (Beifall im Centrum.) Man spricht hier stets von dem Zusammengehen der Polen und Katholiken in unserer Provinz, aber man spricht niemals von der einsigen Thätigkeit des evangelischen Klerus, die Katholiken der protestantischen Kirche in die Arme zu führen. (Hört, hört! im Centrum, Widerspruch rechts.) An dieser Hineinführung der Katholiken in die evangelische Kirche hat auch die Schule großen Antheil. — Mit dieser Vorlage wird die Regierung die Polen nicht für sich gewinnen, sie sich vielmehr entfremden. (Beifall bei den Polen und im Centrum.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs, betreffend die Bestrafung der Schulversäumnisse in Preußen, Posen und Oberschlesien.

Der Entwurf will an Stelle der bisher geltenden provinzialrechtlichen Bestimmungen die schärfere Bestimmung des Landrechts setzen.

Als erste Redner gegen die Vorlage werden die Abgg. Dr. Porsch und Dr. Windthorst aufgerufen; dieselben sind nicht mehr anwesend. Das Wort als erster Redner gegen die Vorlage erhält darauf

Abg. Szmula (Centr.), welcher darauf hinweist, daß bei der Armuth der Oberschlesier diese Strafbestimmungen viel zu scharf sind. Abg. Hobrecht hat durchaus unrecht, wenn er von der Gefährlichkeit des katholischen Klerus in Oberschlesien spricht. Die oberschlesischen Geistlichen treiben keine polnische Agitation, sie sind bestes Germanisatoren und der Staat müßte sie sich in Gold fassen lassen. (Heiterkeit.) Unsere Geistlichen sind die besten Patrioten, sie zucken mit keiner Wimper trotz aller Bedrückungen, sie bleiben gute Patrioten, ich wiederhole, man sollte sie in Gold fassen lassen. (Heiterkeit.) Ich fürchte Ihre Heiterkeit nicht, wir Oberschlesier sind aus gutem Holz geschnitzt. Ich will Ihnen zum Beweise dafür eine Geschichte vom Grafen Donnersmarck erzählen. (Rufe rechts: Meidinger!) Gut, Sie kennen also die Geschichte. Als General v. Witzleben (Rufe rechts: zur Sache!) — das gehört zur Sache! Als General v. Witzleben bei seinen Soldaten ein neues Reglement einführen wollte, beantragte er mich, dieses Reglement polnisch zu schreiben — ich habe ein Vokabulaire dazu gegeben, da haben die Soldaten es verstanden. Das war gute Pädagogik, jetzt aber schickt man Lehrer, die nicht polnisch können, zu Schülern, die nicht deutsch können. Die Folgen davon sind die schrecklichsten Erscheinungen. Sie wackeln mit dem Kopfe? (Heiterkeit.) Notiren Sie (zur Journalistentribüne sich wendend) nur fleißig „Heiterkeit." (Stürmische Heiterkeit.) Die Folgen dieser Schulmethode und der Knechtung der Kirche, die in Oberschlesien dahin führen, daß die Sozialdemokratie immer mehr Boden faßt, sind, daß wir bald die dröhnenden Arbeiterbataillone werden marschiren hören. Ich werde Ihnen zum Beweise dafür den Schluß einer früheren Rede von mir vorlesen. (Heiterkeit, Widerspruch. Der Präsident ersucht den Redner, sich mehr an die Sache zu halten.) Ich muß mich dem fügen und wiederhole nur, daß diese Vorlage für die Oberschlesier so hart und drückend ist, daß ich sie nicht annehmen kann.

Abg. Graf v. Schwerin-Putzar (kons.) befürwortet kurz die Vorlage, die nothwendig sei, da nach den jetzt bestehenden Vorschriften der Vater nur gezwungen werden könne, seine Kinder einen Tag in der Woche die Schule besuchen zu lassen. Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Spahn (Centr.) weist auf seine während einer elfjährigen Thätigkeit als Richter in Westpreußen gemachten Erfahrungen hin, woraus er ersehen habe, daß die Strafen für Schulversäumnisse schon jetzt zu hoch seien — eine Verschärfung der Strafbestimmungen sei durchaus unzulässig. Außerdem komme doch hinzu, daß in Westpreußen noch mehr als hundert Schulen existiren, zu denen die Kinder mehr als drei und mehr Kilometer Schulweg zurücklegen hätten. Unter solchen Umständen könne es nicht verwunderlich sein, wenn Schulversäumnisse häufig eintreten. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Schenckendorf erklärt sich namens der nationalliberalen Partei für diese Vorlage. Es sei jedoch nothwendig, die Lokalverhältnisse genau zu berücksichtigen, denn der Umstand, daß die Schule oft bis zu 5 km von den Schülern entfernt sei, müsse doch zu besonderen Rücksichten veranlassen. Er beantrage daher die kommissarische Prüfung dieser Vorlage.

Abg. Dirichlet: Diese Vorlage soll nicht, wie der Vorredner meinte, Erleichterungen bringen, sondern vielmehr Erschwerungen. Es ist freilich nicht verwunderlich, wenn diese Vorlagen nicht den Ansprüchen voll genügen. Wenn ein Künstler beauftragt wird, ein Kunstwerk schnell anzufertigen, so kann nicht das Beste herauskommen. Das gilt auch von diesen Vorlagen. Ich begreife vor allem nicht, wie der Kultusminister diese Vorlage hat unterschreiben können und dadurch eine Polenvorlage auch für Ostpreußen konstruiren. Man sagt ja freilich, es sei nicht ganz ausichtslos, die Litthauer zu germanisiren. Mit demselben Rechte könnte man zur Begründung dieser Vorlage auch behaupten, es sei nicht aussichtslos, Herrn Stöcker zum Judenthum zu bekehren. (Heiterkeit.) Der Verlust, den Polonismus auch in Ostpreußen als Ursache für diese Vorlage hinzustellen, erscheint mir fast naiv. Eine Verschärfung der Strafbestimmungen durch das Gesetz scheint mir nicht angezeigt, die Strafbestimmungen genügen vollkommen, so lange Sie uns nicht ein anderes Klima verschaffen. Wie sollen Kinder bei einer Entfernung von 5—6 km, bei einer Kälte von 28° regelmäßig die Schule besuchen? Eine solche Förderung wäre doch eine Grausamkeit. Wenn diese Vorlage Gesetz wird, so würde ich es für meine Pflicht halten, die Strafen für meine Gutsleute zu zahlen, wie sehr ich auch für die Förderung des regelmäßigen Schulbesuchs eingetreten bin. Ich bin daher a limine für Ablehnung der Vorlage. (Beifall links.)

Minister v. Goßler: Wenn man überzeugt ist, daß der regelmäßige Besuch der Schule eine Nothwendigkeit ist, so muß man doch nach Mitteln suchen, diese Regelmäßigkeit herbeizuführen. Von dem Vorhandensein einer Polenfrage in Ostpreußen habe ich niemals gesprochen, sie existirt auch nicht. Und Ostpreußen von einem Gesetze ausnehmen, das doch einen ganz objektiven Charakter hat, liegt doch gar kein Grund vor. Ist die Volksschule etwas Heilsames, so muß man auch für ihren regelmäßigen Besuch sorgen — das und nichts anderes ist die Tendenz dieser Vorlage. Daß für jene Provinzen die Verhältnisse anders liegen als in den anderen Provinzen, weiß ich sehr wohl, die Versäumnisse werden doch aber nur bestraft, wenn kein Entschuldigungsgrund vorliegt — ein weiter Weg bei schlechtem Wetter wird stets eine genügende Entschuldigung sein. Es sind auch mannichfache Versuche und mit Erfolg gemacht worden, den Schulbesuch zu heben, durch Gewährung von Suppen und dergl. Wir wollen nicht allein durch Polizeigesetze wirken, die Volksschule liegt mir sehr am Herzen — alle anderen Stände können sich selbst helfen, hier aber, wo es sich um das tägliche Ringen um die Existenz handelt, müssen wir alle Fürsorge, die nur möglich, für sie anwenden. (Beifall.) Nach den jetzigen Bestimmungen sind die Eltern berechtigt, ohne Noth, nur aus falschem Erwerbssinn ihre Kinder fünf Tage in einer Woche von der Schule fern zu halten. Um dem entgegenzutreten, haben wir diese Vorlage gemacht — ich bitte Sie, in der Kommission mit derselben Objektivität an sie heranzutreten, wie ich an die Ordnung dieser Frage herangetreten bin. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gerlich (freikons.): Wäre die Vorlage nicht als Polenvorlage an Sie herangetreten, so wäre sie ohne Widerspruch angenommen worden. Um venteste Eltern dazu zu bewegen, ihre Kinder zur Schule zu schicken, genügen unsere Bestimmungen nicht, dazu bedarf es eines besonderen Gesetzes wie das vorliegende. Abg. Szmula hat von der Auflösung der Autorität in Oberschlesien gesprochen, die Schuld an einer Erschütterung der Autorität in Oberschlesien tragen doch aber nur diejenigen, welche jeden Versuch der Regierung, das Schulwesen zu heben und zu stärken, als Staatsübergriffe hinstellen. (Beifall rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Hobrecht, daß er nicht die Absicht habe, den Ausführungen des Abg. Szmula über Oberschlesien entgegenzutreten. Abg. Szmula hat jedenfalls heute gezeigt, daß die Oberschlesier im Gegensatz zu den Polen in Westpreußen ein heiteres Element besitzen. (Heiterkeit.)

Der Entwurf wird hierauf an dieselbe Kommission wie der vorige Entwurf verwiesen.

Es folgt dann die erste Berathung des Entwurfs, betreffend die Anstellung der Impfärzte in der Provinz Posen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst (Centr.): Fürchten Sie nicht, daß ich die Absicht habe, den Entwurf lächerlich zu machen — das ist gar nicht nöthig. (Heiterkeit.) Der Entwurf soll deutsche Aerzte nach Posen locken, die Leimrutte soll die Renumeration für das Impfen sein. Die Regierung, wenn sie die Sache so auf die Spitze treibt, wird nichts erreichen, als die Spannung verschärfen und den deutschen Aerzten die polnische Praxis, die sie haben, fortan entziehen. Ich weiß auch gar nicht, was ein polnischer Impfarzt für Gefahr haben soll. Hat man das Interesse der Impflinge im Auge, so hätte man doch bestimmen sollen, daß nur Lymphe von deutschen Kühen genommen werden soll. (Heiterkeit.) Am meisten tadelnswerth ist aber die Unaufrichtigkeit des Gesetzes: man verschweigt, daß man die polnischen Aerzte vertreiben will. Ich hoffe im Interesse der Regierung, daß sie diesen Entwurf zurückziehen wird. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Goßler: Es ist ein folgenschwerer Schritt gewesen, daß die Regierung die Anstellung der Impfärzte aus der Hand gegeben hat. Kein deutscher Staat hat das nachgeahmt. Die Beschaffung geeigneter Lymphe ist von hoher Bedeutung, es steht aber noch an einer staatlichen Kontrolle darüber. Es kommt hinzu, daß nicht allein die Technik und Lymphe nöthig ist, sondern auch die Erkenntniß des Zustandes der Impflinge noth thut — ohne letztere können die gefährlichsten Folgen herbeigeführt werden. Unter allen Umständen ist es daher wünschenswerth, wenn die Impfärzte der Anstellung der Regierung unterliegen. Es liegt das im Interesse der allgemeinen sanitären Verhältnisse. In Posen nun hat sich seit einiger Zeit das Bestreben geltend gemacht, dem Kreisphysikus die Impfung der Kinder zu entziehen und den polnischen Aerzten zu übertragen. Es werden dadurch polnische Aerzte mit einer Art amtlichem Nimbus umkleidet und das muß vermieden werden, denn bei dem Charakter der polnischen Bevölkerung ist das sehr wesentlich, da neben dem Rechtsanwalt in polnischen Städten der Arzt die Seele der polnischen Agitation ist. Es ist leicht über die Sache zu scherzen, wenn man die Sache nicht aus den Verhältnissen heraus beurtheilt. Es besteht eine Agitation zugunsten dieser Aerzte mit amtlichem Nimbus, das ist eine Gefahr und dieser will diese Vorlage begegnen. (Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr: Tagesordnung: Polenvorlagen.

Schluß 4 Uhr.

---

raths mit Geist und bedeutender Sachkenntniß erörtert wurden, während Regina eine schweigsame und aufmerksame Zuhörerin war. Dann lenkte der Hausherr die Aufmerksamkeit auf einige Erscheinungen der schönen Literatur und zeigte auch hier ein gediegenes und feines Urtheil. Die Unterhaltung wurde lebhafter, denn er wußte Regina hineinzuziehen, deren Bemerkungen den Major zum Widerspruch reizten, und jeder vertrat mit Eifer seine persönliche Auffassung.

Nach Tische holte Ada ein Körbchen voll Erbsen und Gerste aus der Speisekammer und lockte einen Schwarm buntfarbiger Tauben auf den Perron vor dem Hause, wobei ihr Vater ihr Gesellschaft leistete und an den hübschen Thieren nicht minder seine Freude hatte als sein Töchterchen. Regina, die sich von der Kleinen Hatte mit fortziehen lassen, fühlte sich bald gelangweilt und gehorchte gern der Aufforderung des Landraths, ihr in das sogenannte Bibliothekzimmer zu folgen. Harald schloß sich an.

Aus dem Gartensaal gelangte man durch ein in würdigem, etwas altväterlichem Geschmack ausgestattetes Wohn- und Gesellschaftszimmer, wo ein schöner Flügel stand, in einen schmalen, etwas düstern Raum, in dessen Wände eine Anzahl hoher Schränke eingelassen war. Auch hier gab es einen Stutzflügel, vor welchem ein geräumiger, mit Akten und Büchern bedeckter Arbeitstisch stand, und daneben ein einfacher Rohrsessel.

„Hier pflege ich zu arbeiten," sagte der Landrath. „Aber Sie dürfen sich zu keiner Tageszeit scheuen, einzutreten, ohne zuvor zu klopfen, mein liebes Fräulein. Ohnedies bin ich vormittags selten zuhause."

Er öffnete einen Schrank und machte Regina auf den Inhalt aufmerksam, der aus den besten Erzeugnissen der poetischen und schönwissenschaftlichen Literatur aller Länder und Zeiten bestand. Ein anderer enthielt geschichtliche, philosophische und naturwissenschaftliche Werke.

„Es soll mich freuen, wenn Sie reichlichen Gebrauch von meinen Schätzen machen," sagte der Landrath freundlich.

Er zog sich bald darauf zurück, und die beiden jungen Leute blieben allein, Regina in die Untersuchung der Bücherreihen vertieft, Harald seitwärts an den Schrank gelehnt und zerstreut in einem der Bände blätternd.

(Forts. folgt.)

---

## Waaren- und Produktenberichte.

### Zucker.

**Magdeburger Börse.**

| | 24. Febr. | | 25. Febr. | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Granulated | — | M. | — | M. | |
| Krystallzucker I. | — | „ | — | „ | |
| Krystallzucker II. | — | „ | — | „ | |
| Kornzucker 96 % | 23,00 | „ | 23,00—23,30 | „ | frei |
| Kornzucker 95 % | — | „ | — | „ | |
| Kornz. Rend. 88 % | 21,60 | „ | 21,50—21,90 | „ | |
| Nachprod. 88-92 % | — | „ | — | „ | |
| do. Rend. 75 ° | 18,50—19,50 | „ | 18,50—19,50 | „ | |

Tendenz am 25. Febr.: Fest, gute Kauflust, wenig Angebot.*

| | 24. Febr. | | 25. Febr. | |
|---|---|---|---|---|
| fein Brodraffinade | — | M. | — | M. |
| fein Brodraffinade | — | „ | — | „ |
| Brod-Melis | — | „ | — | „ |
| Gem. Raffinade | 26,00—27,25 | „ | 26,00—27,25 | „ |
| Gem. Melis I. | 25,50—25,75 | „ | 25,75 | „ |

Tendenz am 25. Febr.: Ruhig, für gem. Melis etwas mehr Frage.

Die Notirungen der Raffinanenschaft.

* **Paris**, 25. Febr. (Telegr.) Rohzucker 88° fest, loco 34,25. Weißer Zucker matt, Nr. 3 pr. 100 kg pr. Febr. 40,00, pr. März. 40,00, pr. Mai-Juni 40,60, pr. Mai-Aug. 41,30.

* **London**, 25. Febr. (Telegr.) Havannazucker Nr. 12 14 nom. Rübenrohzucker 13½ bez., jetzt 13 Käufer, fest, ruhig.

* **Antwerpen**, 24. Febr. (Telegr.) Rübenzucker. Sofort 31,50 Frcs., März 31,50 Frcs., April-Mai 31,75 Frcs., Okt.-Dez. 31,00 Frcs.

* **New-York**, 24. Febr. (Telegr.) Fair refining Muscovadoes 5,10.

### Kaffee.

* **Hamburg**, 25. Febr. (Telegr.) Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack.

* **New-York**, 24. Febr. (Telegr.) (Fair Rio) 8,30.

* **Rio de Janeiro**, 25. Febr. (Telegr.) Kaffeezufuhr in Rio während der Woche 67,000, Vorrath in Rio 180,000. Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten 85,000, do. nach dem Kanal und nach der Elbe 2000, do. nach dem übrigen Europa 5,000, wirklich verkauft seit dem letzten Telegramm 77,000 Sack. Preis für good fast 47,40. Wechsel auf London 17⅞. Tendenz des Kaffeemarktes: Sehr fest.

### Petroleum.

* **Berlin**, 25. Febr. (Amtl. Festst.) (Raffinirtes Standard white) per 100 kg m. Faß in Posten von 100 Ctr. Term. kill. Gek. — Ctr. Kündigungspr. — M. Loco 24,0 M., Durchschnittspr. — M., per diesen Mon. — bis — M., per Febr.-März —,— M., per März-April —,— M., per April-Mai —,— M., per Mai-Juni —,— M., per Juni-Juli —,— M., per Juli-Aug. —,— M., per Aug.-Sept. —,— M.

* **Stettin**, 25 Febr. (Telegr.) Petroleum loco versteuert, Usance 1½ % Zara 12,15 M.

* **Bremen**, 25. Febr. (Telegr.) (Schlußbericht.) Standard white loco 6,85 Br. Fest, aber ruhig.

* **Hamburg**, 25 Febr. (Telegr.) Ruhig. Standard white loco 7,35 Br., 7,25 Gd., pr. Febr. 7,20 Gd., pr. Aug.-Dez. 7,20 Gd.

* **Antwerpen**, 25. Febr. (Telegr.) (Schlußbericht.) Raffinirt., Type weiß, loco 18⅞ bez., — — Br., pr. März —,— bez., 17⅞ Br., pr. April —,— bez., 17½ Br., pr. Sept.-Dez. 18½ bez., 18½ Br. Ruhig.

* **New-York**, 24. Febr. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 7⅞ Gd., do. do. in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum in New-York 6¼, do. Pipe line Certificates — D. 80⅞ C.

### Kartoffeln.

* **Berlin**, 24. Febr. (Marktpr. nach Ermittl. des kgl. Polizei-Präsid.) Kartoffeln 3,50—5,00 M. pr. 100 kg.

* **Nordhausen**, 25. Febr. Kartoffeln 3,50—4,00 M. pr. 100 kg.

## Leipziger Börse vom 25. Februar.

| Bl. | Kgl. | Sächl. | Pr. | | Bl. | Kgl. | Sächl. | Thlr. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 3 | Renten-Anl. | | | 90,70 G | 4 | Staatsanl. 67 ab 5% | 500 | 104,30 bz | |
| 3 | do. | | 1000 | 90,70 G | 3½ | Landrentenbr. | | 99,10 G | |
| 3 | do. | | 500 | 90,75 B | 4½ | Mansf. Gew. 1883 | | 103,00 G | |
| 3 | do. | | 500 | 90,75 B | 4½ | do. | | 101,25 G | |
| | | | Thlr. | | 4½ | do. 1879 | | 102,00 G | |
| 3 | Staatsanl. 1855 | | 100 | 95,50 G | 5 | do. Em. 1875 | | 102,50 G | |
| 4 | do. 1847 | | 500 | 102,00 G | 4 | Lpz. Stadtobl. 1884 | | 104,85 G | |
| 4 | do 1870 | | 100 | 104,30 bz | 4½ | do. 1876 | | 105,00 G | |
| 4 | do. 1870 | | 50 | 104,00 G | 4 | Altb. Landesb.-Obl. | | 101,50 G | |

| Div. | Eisenb.-St.-Akt. | | Div. | |
|---|---|---|---|---|
| 9⅞ | Altenburg-Zeitz | 192,50 B | 5¼ | Halesche Straßen-B. |
| 14⅞ | Kuffig-Teplitz | 272,00 G | 13 | Lpz. Platzl. Spknd. |
| 7½ | Böhm. Westb. (5%) | 126,00 B | 8 | Thür. Gasgel.-L. Lpz. |
| 9.52 | Buschtehrad. Lit. A. | 120,00 G | 8 | do. Stamm-Pr. |
| 5 | do. „ B. | 79,75 bz | 7 | Nette-Gifhl.-Chem. Akt. |
| 9 | Dux-Bodenbach | 128,00 G | 16 | Zuckerraffinerie Halle |
| 5 | Franz-Jos.-B. (5%) ab | 85,80 G | 15 | S.-Thür. Br.-N. St. |
| | | | 15 | do. St.-Prior. |
| | Eisenb.-St.-V.-A. | | | Ind. Eis.-P.-Obl. |
| 8½ | Altenburg-Zeitz | 180,50 G | | |
| 9 | Dux-Bodenb. Lit. A. | — — | % | |
| 9 | do. „ B. | — — | 4½ | Kuffig-Teplitzer |
| | | | 5 | Böhm. Nordbahn |
| | Bank- u. Cred.-Akt. | | 4 | do. do. Gold |
| 9 | Allg. D. Cr.-A. Lpz. | 173,50 bz G | 5 | Buschtehr. (n. Nbw. |
| 7½ | Dresdener Bank | 129,30 bz | 5 | do. Em. 1871 |
| 6½ | Leipziger Bank | 136,00 bz | 5 | do. „ 1872 |
| 5½ | do. Kassen-Verein | 107,25 G | 5 | Dux-Bodenbach |
| 6 | do. Disk.-Gesellsch. | 109,50 G | 5 | do. Em. 1871 |
| 5½ | Sächs. Bank | 117,40 B | 5 | do. „ 1874 |
| 4 | Weimar. Bank, neue | 73,00 B | 4½ | Graz-Köflacher |
| 7 | Zwickauer | 102,00 G | 5 | do. Em. v. 1871 u. 72 |
| | Lud.-Akt., Pr. und Stamm-Prior. | | 5 | Kaschau-Oderberg |
| 15 | Crüllw. Papierfabr. | 205,00 G | 4 | Prag-Dux Gold |
| — | 5% do. Schuldverschr. | 103,75 G | 5 | do. Gold |
| 8 | Dörtzewitz-Rattm. | 118,00 bz G | 5 | Prag-Kurnau |

| Bl. | Kgl. | Sächl. | Thlr. | |
|---|---|---|---|---|
| 4 | Staatsanl. 67 ab 5% | 500 | 104,30 bz | |
| 3½ | Landrentenbr. | | 99,10 G | |
| 4½ | Mansf. Gew. 1883 | | 103,00 G | |
| 4½ | do. | | 101,25 G | |
| 4½ | do. 1879 | | 102,00 G | |
| 5 | do. Em. 1875 | | 102,50 G | |
| 4 | Lpz. Stadtobl. 1884 | | 104,85 G | |
| 4½ | do. 1876 | | 105,00 G | |
| 4 | Altb. Landesb.-Obl. | | 101,50 G | |

| Div. | | |
|---|---|---|
| 5¼ | Halesche Straßen-B. | 119,00 B |
| 13 | Lpz. Platzl. Spknd. | 209,00 B |
| 8 | Thür. Gasgel.-L. Lpz. | 141,50 G |
| 8 | do. Stamm-Pr. | 149,00 B |
| 7 | Nette-Gifhl.-Chem. Akt. | 109,00 G |
| 16 | Zuckerraffinerie Halle | 118,00 bz G |
| 15 | S.-Thür. Br.-N. St. | 191,00 G |
| 15 | do. St.-Prior. | 191,00 G |
| | Ind. Eis.-P.-Obl. | |
| 4½ | Kuffig-Teplitzer | 102,25 G |
| 5 | Böhm. Nordbahn | 90,00 G |
| 4 | do. do. Gold | 100,00 bz G |
| 5 | Buschtehr. (n. Nbw. | 84,50 bz G |
| 5 | do. Em. 1871 | 84,45 G |
| 5 | do. „ 1872 | 84,45 G |
| 4½ | do. Gold | 105,50 G |
| 5 | Dux-Bodenbach | 84,40 G |
| 5 | do. Em. 1871 | 83,50 G |
| 5 | do. „ 1874 | 106,50 G |
| 4½ | Graz-Köflacher | 78,50 G |
| 5 | do. Em. v. 1871 u. 72 | 82,00 G |
| 5 | Kaschau-Oderberg | 83,00 G |
| 4 | Prag-Dux Gold | 96,00 bz |
| 5 | do. Gold | 107,00 G |
| 5 | Prag-Kurnau | 90,00 G |

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18860227023/fragment/page=0002